



„Wir werden weiter prüfen, ob sich die Höhen am Taunuskamm für Windkraftanlagen eignen“, kündigte Bürgermeister und Umweltdezernent Arno Goßmann am Dienstag, 6. März, im Umweltausschuss an.

Die Stadt Wiesbaden hatte nach Vorlage der Windpotenzialstudie vom Frühjahr 2011 zunächst den „Dachkopf“ in Breckenheim als Standort für Windkraftanlagen geprüft. „Leider eignet sich diese Fläche nicht für Windenergie“, so Goßmann. Der Flugverkehr für das Airfield Erbenheim als auch mehrere Anlagen für den Mobilfunk stünden einem Windparkprojekt in Breckenheim entgegen. „Es zeigt sich, dass man gut beraten ist, zunächst einmal zu überprüfen, ob eine Anlage überhaupt infrage kommt, bevor durch voreilige Ankündigungen Unruhe erzeugt wird“, betont der Umweltdezernent.

„Deshalb werden wir nun für einen anderen potenziellen Standort prüfen, ob sich dort Windkraftanlagen überhaupt realisieren lassen.“ Zu diesen Prüfungen gehörten Natur- und Artenschutz, Flächenverfügbarkeit, die Existenz von Funkstationen und Mobilfunkstrecken sowie weitere grundsätzliche Aspekte zum Bau von Windkraftanlagen. Dann werde es sicherlich eine politische Diskussion geben, ob dies gewünscht ist.

„Bevor nicht einwandfrei geklärt ist, ob dort überhaupt Windräder möglich sind, macht es wenig Sinn, hypothetisch darüber zu diskutieren, ob diese dort gewollt sind“, sagt Umweltdezernent Goßmann. Allerdings benötigen diese Untersuchungen Zeit. „Im Umweltausschuss haben wir dargelegt, was alles unternommen werden musste, um den Standort in Breckenheim zu untersuchen. Genauso sorgfältig werden wir jetzt am Taunuskamm vorgehen.“ Goßmann kündigte an, den Ausschuss und die Öffentlichkeit zu informieren, sobald belastbare Ergebnisse vorliegen.

„Dann gehen wir gerne in die spannende Diskussion über Vor- und Nachteile von Windrädern am Taunuskamm. Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, müssen wir auch bereit sein, auf Wiesbadener Gemarkung aktiv zu werden – auch mit Windrädern.“ Dies schließe zwar eine Kooperation mit Nachbarkommunen nicht aus, sei sogar häufig geboten, weil die Nachbarn von den Anlagen meist ähnlich betroffen seien, ersetze aber nicht das deutliche Signal eines eigenen Engagements.